



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/177 - 8. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2	<u>Gemeinsamkeit notwendiger denn je!</u> Vor der nächsten Runde der internationalen Auseinandersetzung über Deutschland Von Günter Markscheffel	81
3 - 4	<u>Kraftprobe in Israel</u> Am 15. August wird ein neues Parlament gewählt Von Inge Deutschkron	98
5 - 6	<u>Muss die Strassenverkehrsordnung geändert werden?</u> Die Situation nach dem Frankfurter Urteil über die Restparkzeit Von Karl Wittrock, MdB	44
6	<u>Fadenscheinig</u> Nürnberg - Stein des Anstoßes für Parkow	22
7	<u>Grundwahrheiten</u> Das Erbe Ernst Reuters	43

* * *
* * *

Gemeinsamkeit notwendiger denn je!

Vor der nächsten Runde der
internationalen Auseinandersetzung über Deutschland

G.M. - Am 30. Juni 1960 hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Regierung zur gemeinsamen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik aufgefordert. Das war wenige Wochen nach dem Fiasko der Pariser Gipfelkonferenz, als deutlich wurde, dass sich die internationale Ost-West-Diskussion über das Deutschlandproblem immer mehr zuspitzen würde. Die Bundesregierung beantwortete die Forderung der Sozialdemokratie mit der Gegenforderung, die stärkste Oppositionspartei solle sich der durchaus problematischen Aussenpolitik des Bundeskanzlers unterwerfen.

Genau ein Jahr später, am 30. Juni 1961, hat Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier im Namen der im Parlament vertretenen Parteien unter Wahrung des Anspruchs der Deutschen auf ihr Selbstbestimmungsrecht kundgetan, dass die demokratischen Kräfte unseres Volkes einen Frieden anstreben, der den Sicherheitsbedürfnissen aller ehemaligen Kriegsgegner des deutschen Reiches entgegenkomme. Gerstenmaier hat ausserdem betont, bei kommender internationalen Verhandlungen über die Lösung des Deutschlandproblems müsse auch der politische und militärische Status eines wiedervereinigten Deutschland erörtert werden.

Wenige Tage danach hat Dr. Adenauer öffentlich erklärt, man dürfe die Bundestagsansprache des Parlamentspräsidenten nicht "zu extensiv auslegen". Adenauer wertete damit das gemeinsame Bekenntnis des Bundestages zu einer aktiven deutschen Friedenspolitik ab.

Seither ist viel kostbare Zeit verlorengegangen. Die Appelle der Sozialdemokratie und anderer entscheidender demokratischer Gruppen unseres Volkes, man müsse im befreundeten und im neutralen Ausland mehr als bisher zur Aufklärung über das Deutschlandproblem tun, wurden meist mit Ausreden oder sogar negativ beantwortet.

Die internationale Diskussion über das Deutschlandproblem ging jedoch weiter. Sie hat jetzt einen Punkt erreicht, an dem sich jeder Deutsche, der einen gerechten Frieden will, fragen muss, was die Bundesregierung zu tun gedenkt, um die moralischen und politischen Ansprüche des ganzen deutschen Volkes zum Tragen zu bringen.

Wir sagen das alles aus folgendem Grunde:

Eine der beunruhigendsten Meldungen, die fast unbemerkt neben den Nachrichten über den Weltraumflug des sowjetischen Majors Titow

und die Fernsehrede Chruschtschows am Montagabend von den Presseagenturen verbreitet wurde, ist die Feststellung, dass sich die westlichen Aussenminister in Paris nur im negativen Sinne über ihre Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage einigen konnten, sowie die Aussenministerkonferenz vorzeitig abbrechen.

Eine grosse westdeutsche Welt-Zeitung hat sich im Zusammenhang mit dieser Meldung von ihrem Korrespondenten aus Washington berichten lassen, der amerikanische Aussenminister Dean Rusk habe der deutschen Delegation "in höchst freimütiger Form" klargemacht, die Kennedy-Regierung werde sich nicht mehr bestimmte "Tabus" von Bonn auferlegen lassen, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei. - Zu den "Tabus" gehören nach Auffassung des Washingtoner Korrespondenten der betreffende Zeitung die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Grenze mit Polen, die Unvermeidbarkeit einer gewissen Anerkennung des Sowjetzonenstaates und die Zulassung sowjetzonaler Vertreter bei künftigen Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem.

Wir können natürlich nicht mit Sicherheit behaupten, ob der erwähnte Korrespondentenbericht unbedingt auf Tatsachen beruht und ob andere Berichte mit ähnlichem Inhalt tatsächlich das Ergebnis der Pariser Aussenministerkonferenz widerspiegeln.

Vielleicht begreift man aber jetzt in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, was die Sozialdemokratie meinte und auch heute noch meint, als sie am 30. Juni vergangenen Jahres von der Notwendigkeit des Zusammenrückens, der grösstmöglichen Gemeinsamkeit in den Schicksalsfragen unserer Nation sprach. Auch jetzt wiederholt sie ihre Forderung an die Bundesregierung und an die CDU/CSU zur gemeinsamen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik. Wir müssen alle gemeinsam dafür sorgen, dass die moralisch und politisch gut begründeten Anliegen des ganzen deutschen Volkes nicht im Strudel der grossen Ost-West-Auseinandersetzung zerfetzt werden.

Wir meinen, dass es in der gegenwärtigen Situation nicht genügt, wenn Bonn Lauthals versichert, man werde jetzt eine diplomatische Offensive einleiten oder man sei unter Umständen bereit, Reservisten der Bundeswehr zu mobilisieren. Was jetzt bei uns und um uns herum geschieht, darf sich nicht in der Erörterung militärischer Fragen erschöpfen. Sicher müssen auch die militärischen Probleme besprochen werden, dafür bieten die Drohungen Chruschtschows genügend Anlass. Aber entscheidend dürfte sein, welche politischen Vorstellungen mit massgeblicher Beteiligung der Bundesregierung und aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik entwickelt werden, um die nächste Runde der internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem durchstehen zu können.

Es ist schon viel Zeit verlorengegangen und jeder Tag, der tatenlos verstreicht, verschlechtert die Position des deutschen Volkes.

Kraftprobe in Israel

Am 15. August wird ein neues Parlament gewählt

Von Inge Deutschkron

Am 15. August wählen 2,2 Millionen Israelis eine neue Regierung. Knapp zwei Jahre sind seit den letzten Wahlen vergangen, und niemand im Lande ist über die neuerliche Kraftprobe der Parteien sonderlich erfreut. Im Gegenteil, man empfindet diese Wahlen beinahe als eine Belästigung, zumal sie die Wähler nicht vor eine neue Situation stellen, zu der die Regierung ein Mandat des Volkes benötigte. Tatsächlich sind diese Wahlen nur die Folge dieser als "Affäre" bezeichneten und bis heute geheim gehaltenen Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten Ben Gurion und dem seither abgesetzten Gewerkschaftssekretär Pinchas Lavon.

Die bisherigen Koalitionspartner der sozialdemokratischen Mapai hätten diese Wahlen verhindern können, wenn sie es nur gewollt hätten. Die beiden links-sozialistischen Parteien, die Mapam und die Achdut Haavoda, die fast vor jeder Wahl eine neuerliche Beteiligung an einer von der Mapai geführten Regierung ausschliessen und sie aber dennoch seit 1955 zwei Mal eingegangen sind, hoffen, dass ein jeder Wahlkampf eine neue Gelegenheit für sie bietet, von den Fehlern der Mapai zu profitieren. Mit je 9 und 7 Sitzen traten sie in das letzte von der Mapai (47 Sitze von 120) geführte Kabinett ein. Sie können sich zweifellos wie bisher auf ihre Stammwähler verlassen. Auf einen Stimmenzuwachs werden sie vergebens hoffen, da unzufriedene Mapai-Wähler sich kaum nach links, sondern eher nach rechts orientieren werden.

Feuertaufe der Liberalen

Den Progressiven, die mit einer Ausnahme in allen Regierungen in Israel seit der Staatsgründung vertreten waren, schien dies der geeignete Zeitpunkt, die durch die Verbindung mit den Allgemeinen Zionisten gegründete Liberale Partei in die Feuertaufe zu schicken. Nahum Goldmann, der Vorsitzende des Weltjüdischen Kongresses, ermutigte diese neue Partei durch seine massgebliche Unterstützung. Die zwei Parteien - Progressive und Allgemeine Zionisten -, aus denen die Liberale Partei gebildet wurde, verfügten bisher über je 6 und 8 Sitze. Durch ihren Zusammenschluss ist damit zu rechnen, dass sie zur zweitstärksten Partei des Landes aufsteigen, einen Platz, den bisher die radikale, nationalistische Cheruth-Partei mit 17 Sitzen innehatte, aber nun durch die Liberale Partei nicht mehr das alleinige Sammelbecken für Unzufriedene darstellt. Die Liberalen glauben, dass sie sich aufgrund ihrer Kräftekonzentration und dem Ansehen Nahum Goldmanns an die mächtige Stellung der Mapai heranarbeiten können. Ihr Programm verspricht den israelischen Wählern Frieden im Nahen Osten, bessere Beziehungen zur Sowjetunion und einen höheren Lebensstandard durch gesteigerte Privatinitiative und die Übernahme der von den Gewerkschaften kontrollierten Industrien durch den Staat, in dem sie eine Mitsprache eröffnen. Für diese sehr verlockenden Ziele vermag die Partei aber keinen rechten Weg aufzuzeigen. Die Person Nahum Goldmanns, der den Aufbau Israels bisher von Amerika aus verfolgte, ist den Israelis keine ausreichende Garantie dafür.

Starke Stellung Ben Gurions

Sie vertrauen schon eher auf ihren grossen alten Mann Ben Gurion, dessen Versuche, den Frieden im Nahen Osten mit friedlichen Mitteln und bessere Beziehungen zur Sowjetunion zu erwirken, keinen Bürger verborgen geblieben sind. Darüber hinaus hat Ben Gurion die Israelis in jüngster Zeit mit einigen Ereignissen überrascht, die in jedem Falle zu seinen und seiner Partei Gunsten ausgelegt wurden. Da war zunächst die Verhaftung Eichmanns und der nun von der ganzen Welt beachtete Prozess. Dann kam der erfolgreiche Raketenstart, der Israel einen Platz unter den Industrienationen der Welt zuweist und zugleich den gefürchteten Gegner seine Schlagkraft demonstriert. Und da war auch Ben Gurions Amerika-Reise, sein Zusammentreffen mit dem neuen amerikanischen Präsidenten und der glanzvolle Empfang in Kanada, die bewiesen, dass die Regierung Israels von der Welt nicht nur de jure, sondern auch mit Achtung anerkannt wird. Für die israelischen Wähler sind dies entscheidende Tatsachen und nicht so sehr die Schwierigkeiten anderer Persönlichkeiten, mit der Autorität Ben Gurions fertigzuwerden.

Peinliche Fragen

Es gibt wenig Zweifel darüber, dass die Bevölkerung Israel am 15.8. Ben Gurion und seine Partei erneut mit einem beachtlichen Mandat betrauen wird. Vielleicht wird die Partei, eben weil das Volk wahlmüde ist, einige Sitze verlieren. Möglicherweise werden die Liberalen sie gewinnen können. Natürlich hat die Mapai auch ihr Hauptaugenmerk auf diesen Gegner gerichtet. Sie empfängt Rahum Goldmann, der erst zur Endphase des Wahlkampfes in Israel eintrifft, mit einigen peinlichen Fragen. Die eine betrifft seine Haltung zum Eichmann-Prozess, da er vor seinem Entschluss, in Israels Politik eine Rolle zu spielen, ein internationales Gericht für die Aburteilung Eichmanns für zuständig hielt als ein israelisches. In diesem Punkt ist die israelische Bevölkerung überaus empfindlich. Für sie kann es der Rechtmässigkeit, Eichmann durch die Gerichte Israels zu verurteilen, keine Zweifel geben. Ebenso unangenehm wird Goldmann die Frage nach der Rückkehr der arabischen Flüchtlinge sein, die er vor Jahr und Tag in Opposition zu der ihn überschattenden Persönlichkeit Ben Gurions propagiert hatte. Israel ist jederzeit bereit, die arabischen Flüchtlinge für ihren Besitz zu entschädigen. Eine Rückkehr nach Israel würde jedoch eine Reihe von Problemen auf, nicht zuletzt die der Gefährdung des jüdischen Staates. Die Behauptung, dass Goldmann seine Übersiedlung nach Israel von der Versicherung abhängig machte, in einer Koalitionsregierung mit den Liberalen einen Ministerposten zu erhalten, wird sich eher zu seinem Nachteil auswirken, als Wählerstimmen zu ernten.

Grosse Veränderungen nicht zu erwarten

So ist also anzunehmen, dass sich an der Konstellation der Parteien bei diesen Wahlen nicht viel ändern wird. Die Frage nach der Zusammensetzung der Koalition muss natürlich offen bleiben. Das einzige Positive an dieser ausserplanmässigen Wahl ist, dass sie der nächsten Regierung Gelegenheit gibt, das Land ohne Unterbrechungen durch Wahlen über eine kritische Phase zu retten. Im Jahre 1963/64 enden die Reparationszahlungen der Bundesrepublik, und auch die privaten Wiedergutachungen neigen sich am Ende zu, die zusammen nach den Angaben der Bank von Israel einen Betrag von 90 Millionen Dollar ausmachen. Einige Kreditrückzahlungen im Werte von 45 Millionen Dollar fallen ebenfalls in diese Zeit. Möglicherweise wird die zusätzliche Aufbringung von 135 Millionen Dollar nur durch gesteigerte Exporte und unpopuläre Massnahmen erfolgen können. Die nächsten Wahlen werden dem vierjährigen Turnus entsprechen erst 1965 durchgeführt werden.

Muß die Straßenverkehrsordnung geändert werden?

Von Karl Wittrock, MdB

In allen Städten wird heutzutage die Zeit des Parkens durch Parkuhren rationiert. Sie erlauben das Parken für eine bestimmte Zeit "unter der Bedingung, dass der Parkende die Parkuhr in Tätigkeit gesetzt hat" (§ 16 Abs. 3 Straßenverkehrsordnung). Eine wörtliche Auslegung dieser Vorschrift führt dazu, dass sich ein Kraftfahrer vorschriftswidrig verhält, wenn er an einer Parkuhr parkt, die zuvor von einem anderen Kraftfahrer in Betrieb gesetzt worden ist. So ist auf Grund einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Frankfurt ein Student bestraft worden, weil er die Restparkzeit eines anderen ausgenutzt hatte, ohne selbst eine Münze in die Parkuhr geworfen zu haben.

Diese Entscheidung ist von der Presse stark beachtet worden. Wenn sie auch gewiss dem Wortlaut des Gesetzes entspricht, ist doch mit Recht die Frage gestellt worden, ob sie mit dem gesunden Menschenverstand zu vereinbaren ist. Auch ist zu fragen, ob eine solche Auslegung des Gesetzes nicht den Kontrollbereich der Polizei gegenüber dem Staatsbürger ohne vernünftigen Grund über Gebühr ausweitet. Deshalb kann die inzwischen bekanntgewordene Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Köln nur begrüßt werden, die ohne jede bedenkliche Wortinterpretation zu dem weisen Schluss kommt, es sei mit dem Sinn des Gesetzes vereinbar, wenn parkende Kraftfahrer die Restparkzeit ihres Vorgängers ausnutzen. Es ist auch zu begrüßen, dass der Polizeipräsident in Hamburg erklärt hat, in Hamburg dürfe auch in Zukunft die Restparkzeit unbestraft ausgenutzt werden, und in gleicher Weise verdient die Erklärung des Wiesbadener Polizeipräsidenten Zustimmung, dass auch in Wiesbaden - trotz der Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichtes - die Polizei die Kraftfahrer unbehelligt lasse, die an einer bereits vorher in Betrieb gesetzten Parkuhr parken.

Wenn auch diese vernünftigen Feststellungen die Konsequenzen der Entscheidung des Oberlandesgerichtes Frankfurt in den genannten

Stätten aufheben, so ist es doch eine missliche Sache, dass sich die Polizei um der Wahrung des gesunden Menschenverstandes willen und zur eigenen Selbstbeschränkung in Gegensatz zu einer höchstrichterlichen Entscheidung - in Wiesbaden sogar in Widerspruch zu einer Entscheidung des eigenen Oberlandesgerichtes - setzen muss. Gewiss, man soll nicht stets nach dem Gesetzgeber rufen. Aber es ist zu befürchten, dass eine völlige Klärung und Bereinigung des Problems nur durch eine Änderung des Wortlauts von § 16 Abs. 3 der Strassenverkehrsordnung erfolgen kann. Eine solche Änderung dürfte keine Schwierigkeiten bereiten. Der Bundesverkehrsminister sollte sich schnellstens hiermit befassen. Die Unruhe, die bei vielen Kraftfahrern nach den Veröffentlichungen des Frankfurter Urteils in fast allen Zeitungen entstanden ist, zwingt zu dieser Folgerung.

+ + +

Fadenscheinig

sp - Den Ostberliner Sozialdemokraten ist die Teilnahme an der Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie am 12. August in Nürnberg verboten. Fadenscheinige Vorwände müssen dazu herhalten. Damit hat die SED wieder einmal bewiesen, dass sie in der Partei eines Willy Brandt den Hauptfeind erblickt. Das Verbot widerspricht den Viermächtebestimmungen über den Status von Berlin. Die Herren von Ostberlin benutzen jede Gelegenheit, diese Bestimmungen zu ungehen. Dazu gehört auch die willkürliche Einschränkung der politischen Tätigkeit jener tapferen Männer und Frauen, die sich - trotz alledem - in Ostberlin zur deutschen Sozialdemokratie bekennen. In Westberlin kann sich die SED frei entfalten, sie ist keinerlei Schikanen unterworfen. Die überwältigende Mehrheit der Westberliner nimmt die Existenz dieser Quislinggruppe jedoch nicht zur Kenntnis, diese hat sich selbst durch ihre an fremden Interessen orientierende Haltung zu einem Schattendasein verurteilt. Die Moskauer Zwingherren sprechen zwar von Koexistenz, von friedlichen Nebeneinander verschiedener politischer Systeme, aber sie selbst können in eigenen Bereich solches Nebeneinander nicht vertragen. Ulbricht und seine Kumpane fürchten die Ausstrahlungskraft der bevorstehenden Manifestation der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg und suchen sie auf ihre Weise zu ver ringern. Es wird ihnen nicht gelingen. Mag auch Willkür die ostberliner Sozialdemokraten am Erscheinen in der fränkischen Metropole verhindern, die Machthaber von Ostberlin werden doch nicht in der Lage sein, die Stimme von Nürnberg zu unterdrücken. Jeder Deutsche wird sie hören.

+ + +

- 7 -

Grundwahrheiten

Das Erbe Ernst Reuters

sp - Einige Grundwahrheiten gilt es in Erinnerung zu rufen. Sie mögen als Richtschnur für eine von Krisenlärm geschüttelte Zeit dienen. Moskau und seine deutschen Ableger setzen alle Hebel in Bewegung, um das freie Westberlin unter ihre Herrschaft zu bekommen. Die Stimme des freien Berlin ist ihnen ein Greuel, sie wollen sie zum Verstummen bringen. Die kommenden Monate werden den Stempel des Ringens um die Selbstbehauptung Berlins tragen. Unendlich viel hängt vom Ausgang dieses gigantischen Ringens ab, für uns Deutsche wie auch für die nichtkommunistische Welt. Hier gilt es, Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden und den Blick für den grossen Zusammenhang nicht zu verlieren. Und das Wesentliche ist:

Das freie Berlin hat sich nur behaupten können, weil ihm der Schutz und die Hilfe der Westmächte zuteil wurden. Der Platz Berlins muss an der Seite derer bleiben, die für Freiheit und Frieden einstehen und sich darum bemühen, jene Krise zu überwinden, die die Welt in Atem hält und die Zukunft der Menschheit bedroht. - An der Bereitschaft zur Loyalität gegenüber der vierten Besatzungsmacht hat es in Berlin nicht gefehlt.

Solange Deutschland gespalten ist, gehört das freie Berlin zum deutschen Westen. Diese Vorentscheidung ist gefallen, als sich die Berliner trotz ausländischen Zögerns und falscher Ratschläge aus den eigenen Reihen erfolgreich dagegen wehrten, dass auch die Westsektoren in das Währungsgebiet der DM-Ost einbezogen wurden.

Berlin war, ist und bleibt auf die finanzielle Hilfe der Bundesrepublik angewiesen. Es hat Anspruch darauf, weiterhin als erstrangiges nationalpolitische Problem betrachtet zu werden. Die Sprecher Berlins haben sich unablässig bemüht, Berlin an den Bund und den Bund an Berlin zu binden und den Willen zur Wiedervereinigung am Beispiel der bedrängten Hauptstadt demonstrativ zu bestätigen.

Den Vertretern des freien Berlin ist die Aufgabe gestellt, für die Bevölkerung der ganzen Stadt zu sprechen, die Verbundenheit mit den Landsleuten in der sowjetisch besetzten Zone so stark wie möglich zu bekunden und einen Auseinandergleiten der beiden Teile Deutschlands so wirksam wie möglich entgegenzuwirken.

Die grossen Aufgaben, die den Berlinern im Ringen um die Einheit gestellt sind, dürfen keinen Augenblick unsern Blick trüben für die Erfordernisse des Tages. Auch den grossen Zielen dient am besten, wer dazu beiträgt, unser Haus gut zu bestellen und uns im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbau zu bewähren.

Diese Grunderkenntnisse sollten allen Deutschen helfen, im Wirrwarr kommender Auseinandersetzungen einen sicheren Standort zu bewahren. Es gilt das Erbe des unvergesslichen Ernst Reuter für bessere Zeiten zu retten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel